

Reszat, Beate

Article — Digitized Version

Großbritannien im EWS

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Reszat, Beate (1990) : Großbritannien im EWS, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 11, pp. 581-584

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136700>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Beate Reszat

Großbritannien im EWS

Die Entscheidung Großbritanniens, gerade zum jetzigen Zeitpunkt dem EWS beizutreten, halten viele Beobachter aus ökonomischer Sicht für verfehlt. Welche ökonomischen und politischen Konsequenzen könnte der Beitritt nach sich ziehen?

Am Beitritt der britischen Regierung in der ersten Oktoberwoche zum Wechselkursmechanismus des EWS, der nach jahrelangem Hin und Her unerwartet kam, war einiges ungewöhnlich: Nicht nur erfolgte er zu einem Zeitpunkt, in dem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit erstmals seit langem wieder zweistelligen Inflationsraten und nachlassendem Wachstum mehr denn je gegen eine Anbindung des Pfundes an die Währungen anderer Staaten sprachen¹. Auch erschien die Weigerung der Briten, sich einer gemeinsamen Währungspolitik in Europa zu unterwerfen, mit ihrer vehementen Opposition gegen den Delors-Plan im Grundsatz ungebrochen². Und schließlich war der Moment selbst, der für die Ankündigung gewählt worden war, denkbar ungünstig: verkündet an einem Freitag, noch während der offiziellen Handelsstunden, einseitig und ohne vorherige Abstimmung, mußte er zwangsläufig mehr Unruhe als nötig auslösen und schon dadurch auf Kritik stoßen.

So erstaunt es nicht, daß diese Entscheidung zwiespältige Reaktionen hervorrief. Auf der einen Seite gab es Erleichterung darüber, daß nach oftmals endlos scheinenden Diskussionen über das Für und Wider eines Beitritts die währungspolitische Einigung nun doch endlich ein Stück vorangekommen war. Auf der anderen Seite wurde aber auch Verärgerung oder zumindest Verwunderung über das britische Vorgehen laut, das so offensichtlich gegen alle Regeln der Kunst verstieß. Staaten, deren wirtschafts- und währungspolitische Abhängigkeit voneinander so hoch ist, wie in der Gemeinschaft, sollten

- derartige und andere Schritte wenn möglich vorher aufeinander abstimmen, um Widersprüche und Reibungsverluste zu vermeiden und nicht selbst eine Quelle von Störungen auf den Devisenmärkten zu bilden;
- dabei den wirtschaftlichen Gegebenheiten angemessen vorgehen, um die Stabilität und den Bestand eines

Währungssystems nicht zu gefährden und

- sich soweit es geht transparent und vorhersehbar verhalten, um die Erwartungsbildung und Reaktionen der Privaten in einer Weise zu beeinflussen, die den Zielen ihrer Politik förderlich ist.

All das ist hier nicht geschehen. Statt dessen wurden die Beziehungen zwischen den „Partnerstaaten“ ohne Not strapaziert. Das britische Vorgehen bietet damit ein Paradebeispiel dafür, wie sich die währungspolitische Zusammenarbeit in der Praxis tatsächlich darstellt.

Aus theoretischer Sicht ist die Anbindung einer Währung an ein System fester Wechselkurse durchaus nicht unproblematisch. Da stellt sich zunächst einmal die Frage nach dem „richtigen“ Kurs, zu dem ein Beitritt erfolgt. Von einem solchen Kurs wird erwartet, daß er in irgendeiner Weise die grundlegenden Austauschrelationen zwischen den Staaten widerspiegelt und nicht nur vorübergehend Gültigkeit besitzt. Das geläufigste Konzept eines derartigen fundamentalen Zusammenhangs ist die Kaufkraftparität. Danach tendiert ein Wechselkurs langfristig dazu, die Differenz zwischen den Preisniveaus zweier Länder oder zumindest deren Veränderung auszugleichen. Je weniger sich die Inflationsraten unterscheiden, desto weniger Anlaß besteht, einen auf der Grundlage der Kaufkraftparität ermittelten offiziellen Kurs zu ändern. Konvergenz in der Preisentwicklung wird damit zu einer entscheidenden Vorbedingung für die Stabilität eines Festkurssystems³.

Solange der Übergang zu einer gemeinsamen Währung nicht vollzogen ist, gilt es zudem, eine Bandbreite festzulegen, innerhalb derer Kursschwankungen toleriert werden. Sie bestimmt den geldpolitischen Spielraum, der

¹ Vgl. auch H.-E. Scharrer: Mrs. Thatchers Schachzug, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 70. Jg. (1990), H. 10, S. 492.

² Die Briten waren es, die diesem Plan einer einheitlichen Währung für Europa den Gegenvorschlag einer „harten“ ECU auf der Basis konkurrierender nationaler währungspolitischer Strategien gegenüberstellten. Siehe: HM Treasury: An Evolutionary Approach to Economic and Monetary Union, o.O., November 1989; und zu den Vor- und Nachteilen dieser Konzepte beispielsweise D. Gros, N. Thygesen: The Institutional Approach to Monetary Union in Europe, in: The Economic Journal, Vol. 100, September 1990, S. 925-935.

Dr. Beate Reszat ist Forschungsgruppenleiterin in der Abteilung Internationale Finanzen, Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrieländern des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

einem Land verbleibt. Ein weites Band bietet den Vorteil größerer Unabhängigkeit und Flexibilität. Es verringert zudem die Häufigkeit, mit der bei divergierenden Wirtschaftsentwicklungen Paritätsänderungen erforderlich werden. Sein Nachteil besteht darin, daß es ihm an Verbindlichkeit und Stringenz mangelt und es dem eigentlichen Sinn eines Festkurssystems zuwiderläuft. Das führt unter Umständen dazu, daß die vereinbarten Regelungen weniger Glaubwürdigkeit besitzen und entsprechend weniger Einfluß auf die Erwartungsbildung der Privaten haben als erhofft⁴.

In der Theorie kann es einem Land unter gegebenen wirtschaftlichen Zusammenhängen und gegebenen wirtschaftspolitischen Zielen nur nützen, mit anderen zu kooperieren. Dabei macht es im Grundsatz keinen Unterschied, ob dies im Rahmen eines institutionalisierten Regelwerks wie dem EWS geschieht oder in fallweiser Absprache wie etwa in der G7⁵. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Staaten einander vertrauen und kein Land der Versuchung erliegt, dieses Vertrauen auszunutzen und zu versuchen, sich letztlich auf Kosten der anderen durch einen wirtschaftspolitischen Alleingang besserzustellen. So, wie die Modellannahmen jedoch formuliert sind, ist der Anreiz, sich nicht an eine einmal getroffene Vereinbarung zu halten, groß. Und da das in diesen Ansätzen allen Beteiligten vor Augen steht und keiner der „Dumme“ sein will, lautet die Schlußfolgerung, zu der die Theorie gelangt: Kooperation ist nützlich, kommt aber im allgemeinen trotzdem nicht zustande.

Wirtschaftspolitische Realitäten

In der Praxis scheint es dagegen, zumindest innerhalb Europas, genau umgekehrt. Zwar wird viel über den eigentlichen Nutzen des EWS gestritten, doch das System „hält“ und wird sogar ständig erweitert. Bestehende Unsicherheiten darüber, welche Absichten die jeweils anderen verfolgen mögen und welcher Schaden damit aus nationaler Sicht angerichtet werden kann, schlagen sich hier nicht in einer generellen Absage an jedwede Zusammenarbeit, sondern in einem Feilschen und Schachern um möglichst günstige Ausgangsbedingungen nieder. Daß etwa eine Bandbreite von 6% für das Pfund festgelegt wurde, ist denn auch weniger als Gebot ökonomischer Vernunft denn als Zeichen einer erfolgreichen Durchsetzung nationaler Interessen gegen die einer gemeinsa-

men Politik zu werten und beläßt der britischen Regierung den größtmöglichen Spielraum für Eventualitäten.

Fraglich ist aber, ob sich das Land mit der Entscheidung, dem Wechselkursmechanismus des EWS gerade jetzt beizutreten, nicht einen Bärendienst erwiesen hat und ob Kooperation – entgegen den Erkenntnissen aus der Wirtschaftstheorie – in diesem Fall nicht doch mehr schadet als nützt. Pessimisten verweisen auf die Anpassungslasten, die damit auf die britische Wirtschaft zukommen, oder auch auf eine zu erwartende Zunahme von Divergenzen, die häufige Paritätsänderungen unausweichlich werden läßt und den Vorteil fester Wechselkurse leicht ins Gegenteil verkehrt. Viele sehen in dem jetzigen Leitkurs bereits eine Quelle zukünftigen Übels. Einige empfinden die festgesetzte Pfundparität als zu hoch und damit als unnötige Belastung für die Exportwirtschaft. Von anderen dagegen wird sie als zu niedrig und als Verlockung für Kapitalanleger angesehen. Jene können nun – wie die Erfahrung Spaniens und Italiens lehrt – ungeachtet der Preissteigerungsraten (weil unbedroht von Wechselkursänderungen) die Zinsdifferenz zum Ausland ausnutzen und damit die geldpolitische Steuerung weiter erschweren.

Berechnungen der Kaufkraftparität legen statt der jetzt gewählten 2,95 D-Mark für ein Pfund einen Kurs von 3,10 bis 3,30 nahe. Das ist allerdings nur eine Momentaufnahme, die nichts darüber besagt, in welche Richtung sich die Dinge entwickeln werden. Mit dem bewußt niedriger gehaltenen Kurs wurde Erwartungen auf eine Verschlechterung der Währungsrelationen Rechnung getragen, in der Hoffnung, eine erste Leitkurskorrektur möglichst lange hinauszögern zu können. Ein besonderes Handicap der Briten ist dabei, daß mit dem Pfund eine zweite Reservewährung in das System Einzug gehalten hat. Das dürfte nicht nur die Störanfälligkeit des EWS erhöhen, sondern unter Umständen auch Paritätsänderungen schneller erzwingen und die britische Politik selbst vor neue Probleme stellen.

Optimisten dagegen verweisen auf die bisherigen Erfolge des EWS und darauf, daß sich das System bislang als erstaunlich robust erwiesen hat. Auch zuvor schon hätte es Länder gegeben, die bei ihrem Beitritt mit hohen Zinsen und hoher Inflation zu kämpfen gehabt hätten. Das hätte ihnen – zumindest auf lange Sicht – nicht ge-

³ Daneben gibt es auch Konzepte, die versuchen, langfristig notwendige Anpassungen des realen Wechselkurses z. B. aufgrund wirtschaftlichen Strukturwandels, Unterschieden in der Produktivitätsentwicklung oder durch Protektionsabbau u. ä. in die Betrachtung einzubeziehen. Vgl. speziell für das EWS hierzu W. Schäfer: Integration, Währung und Wechselkurs, in: R. H. Hasse, W. Schäfer (Hrsg.): Europäische Zentralbank, Göttingen 1990, S. 59-73.

⁴ Vgl. zu den inhaltlichen Aspekten einer Festlegung der Bandbreiten B. Reszat: Die kurz- und langfristige Effizienz von Regeln für Devisenmarktinterventionen, Berlin 1984, S. 44 f.

⁵ Siehe zu den theoretischen Ansätzen, deren Grundaussagen hier stark verkürzt wiedergegeben wurden, sowie zu den Einschränkungen, die dabei zu beachten sind, B. Reszat: Wirtschaftliche Interdependenz und internationale Kooperation, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 31. Jahr (1986), S. 267-291.

schadet und das System wäre daran auch nicht zerbrochen. Im Gegenteil: langfristig hätte das EWS eindeutig auf eine Konvergenz der Preissteigerungsraten auf niedrigerem Niveau auch in diesen Ländern hingewirkt. Dazu ist allerdings, ohne die Erfolge gemeinsamer Anstrengungen schmälern zu wollen, auf den langen Zeitraum schmerzhafter Anpassungen mit durchaus häufigen Paritätsänderungen und viel politischem guten Willen hinzuweisen, den das erfordert hat, und auf den Umstand, daß Großbritannien diesen Schritt als erstes Land „ohne Netz und doppelten Boden“⁶, d. h. ohne Kapitalverkehrskontrollen durchführt. Letzteres kann gerade in Verbindung mit dem besonderen Status eines Reservewährungslandes schon als Vabanquespiel gewertet werden.

Welchen wirtschaftlichen Vorteil die Briten letztlich aus dem Beitritt ziehen werden, ist somit noch weitgehend ungeklärt. Warum aber sollte sich ein Land einem Wechselkursverbund anschließen, wenn sein Nutzen daraus so offensichtlich zweifelhaft ist? Die Theorie, die davon ausgeht, daß sich die Akteure rational und egoistisch verhalten und ihren Nutzen ständig zu maximieren suchen, findet hierfür keine Erklärung. Demnach wissen die Politiker offenbar nicht, was sie tun, und sie verhalten sich entweder extrem risikofreudig – was gerade mit Blick auf die anstehenden Wahlen in Großbritannien wohl ausgeschlossen werden kann – oder völlig irrational.

Das Bild ändert sich allerdings, sobald andere als rein ökonomische Aspekte in die Betrachtung einbezogen werden: Wird die britische Entscheidung in Zusammenhang mit allgemeinen politischen Entwicklungen gebracht und etwa als Reaktion auf den derzeitigen Wandel in den Machtstrukturen innerhalb Europas und weltweit gedeutet, so fügen sich viele, bis dahin unverständliche Begebenheiten und Verhaltensweisen zu einem einheitlichen Muster zusammen.

Machtstrukturen und politisches Kalkül

Die britische Regierung hat in der Vergangenheit keine Gelegenheit ungenutzt gelassen, ihre Abneigung gegen eine Teilnahme am europäischen Wechselkursmechanismus zum Ausdruck zu bringen. Wenn sie nun ihren Widerstand aufgegeben hat, so ist darin weniger eine ökonomische als eine politische Entscheidung zu sehen. Drei Gründe mögen sie vor allem dazu gedrängt haben: politische Zwänge im eigenen Land, ein Bemühen um Sicherung und Ausbau ihrer Position innerhalb Europas und die Sorge um ihre zukünftige Rolle weltweit.

⁶ Vgl. o. V.: Flying lessons for sterling, in: The Economist, 13. Oktober 1990, S. 91.

⁷ Siehe etwa o. V.: Der englische Schatzkanzler John Major verfolgt Strategie mit erheblichen Risiken, in: Handelsblatt, 9. 10. 1990.

Von vielen Seiten wurde der Pfundbeitritt in erster Linie als Reaktion auf die innenpolitische Situation in Großbritannien gedeutet⁷. Er wurde als Mittel gesehen, um die Stimmung auf dem anstehenden Parteitag der Tories zu verbessern und deren Wiederwahl sichern zu helfen und gleichzeitig der gegnerischen Labour-Partei, die gerade ihr Wirtschaftsprogramm im Falle eines Wahlsieges verkündet hatte, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Letztere war mit ihren Forderungen nach Zinssenkung und dem dazu für notwendig erachteten vollständigen EWS-Beitritt bei zunehmender Rezession und Verschärfung der Kreditkonditionen auf dem heimischen Markt auf wachsende Zustimmung gestoßen.

Wahltaktik allein reicht aber nicht aus, um diesen Schritt zu erklären. Wäre nur das der Grund gewesen, hätte es schon mehr als einmal dazu kommen müssen. Maßgeblich dafür dürfte eher das Bestreben gewesen sein, die eigene Position innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft zu stärken. Mit den politischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa und der deutschen Einigung ist eine Situation entstanden, in der sich die Machtstrukturen verschoben haben⁸, alte Koalitionen aufgebrochen und neue im Entstehen begriffen sind, und mehr oder weniger alle Staaten versuchen, ihre Rolle in der internationalen Politik neu zu definieren und sowohl regional als auch weltweit zu einer neuen Art Kräftegleichgewicht zu finden. Großbritannien sieht sich hierbei vor besondere Probleme gestellt.

Auf der einen Seite muß das Land mit ansehen, wie die EG dadurch, daß sich die mittel- und osteuropäischen Staaten in Richtung Westeuropa orientieren, an Bedeutung gewinnt⁹, ohne daß es selbst erwarten kann, daran großen Anteil zu haben. Dazu hat es sich, so steht zu befürchten, durch seine oftmals ablehnende Haltung in diesem „Klub“ unter Umständen bereits zu sehr ins Abseits manövriert. Auf der anderen Seite registriert es mit Unbehagen, daß das Gewicht der beiden anderen „Großen“ in der Gemeinschaft ständig zunimmt: das der Deutschen allein schon durch die Einigung, aber etwa auch durch die Rolle, die der Bundesbank in den Vorbereitungen für eine Europäische Währungsunion zukommt, und das der Franzosen schlicht dadurch, daß sie die „Europäische Karte“ besser als jedes andere Land ausspielen. Die Franzosen sind es, die die treibende Kraft hinter der Währungsunion darstellen, sie haben im Schulteranschlag mit den Deutschen die Initiative für die politische Union Euro-

⁸ Vgl. zu einer Diskussion des Begriffs politischer Macht und deren Bestimmungsfaktoren allgemein etwa S. Strange: States and Markets, New York 1988.

⁹ Vgl. dazu im einzelnen beispielsweise R. Hrbek: Die EG und die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 70. Jg. (1990), H. 5, S. 247-255.

pas lanciert und sie nutzen auch sonst, im Gegensatz zu manchen anderen Staaten, jede noch so geringe Möglichkeit, das zukünftige Europa aktiv mitzugestalten. Ein Beispiel dafür ist der jüngste französische Vorschlag zu einer gemeinsamen Außenpolitik der Gemeinschaft auf der Grundlage qualifizierter Mehrheiten, der auch der EG-Kommission Spielraum für Initiativen einräumen würde¹⁰.

Es muß nicht auf eine wie auch immer geartete Erbfeindschaft zwischen Großbritannien und Frankreich zurückgegriffen werden, um zu verstehen, daß derartige Aktivitäten auf der anderen Seite des Kanals den Wunsch geweckt haben, dem mit mehr Nachdruck als bisher entgegenzutreten. Um nicht noch mehr an Boden zu verlieren und nicht etwa auf der Regierungskonferenz über die währungspolitische und politische Union Europas im Dezember mit dem Hinweis auf mangelnden bisherigen Einsatz auf die hinteren Ränge verwiesen zu werden, sahen sich die Briten gezwungen, ein Zeichen zu setzen. Die innenpolitische Lage versprach dabei, durch den Pfundbeitritt zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Ein weiterer Aspekt, der in die gleiche Richtung weist, ist der vermeintlich oder tatsächlich sinkende Einfluß Großbritanniens in der Weltpolitik. Diesbezügliche Sorgen konzentrieren sich vor allem auf das Verhältnis zu den USA, das in letzter Zeit Eintrübungen erfahren hat: Während Präsident Reagan mit einigem Nachdruck die seit langem bestehenden „besonderen Beziehungen“ zu Großbritannien gepflegt und seine Freundschaft zu Mrs. Thatcher betont hatte, sucht sein Nachfolger auch die Beziehungen zu anderen europäischen Staaten zu intensi-

vieren und läßt insbesondere der Bundesrepublik und Frankreich verstärkte Aufmerksamkeit zukommen¹¹. Diese Bemühungen zielen vor allem darauf ab, den amerikanischen Einfluß in Europa zu sichern und durch den Ausbau bilateraler Kontakte ein Gegengewicht zu dem fortschreitenden europäischen Einigungsprozeß zu schaffen. Für Großbritannien mag das ein zusätzlicher Anstoß sein, sich enger an die anderen Staaten anzuschließen, um vielleicht auf längere Sicht auf dem Umweg über Europa etwas von dem verlorengegangenen Einfluß in der übrigen Welt zurückzugewinnen.

Schlußfolgerungen

Der Pfundbeitritt ist ein Beispiel dafür, wie sehr die internationale Wirtschaftspolitik gerade momentan von Aspekten beherrscht wird, die „nicht zur Sache gehören“¹². Daß ökonomische Überlegungen in Zeiten großer politischer Umwälzungen und aufbrechender Machtstrukturen in den Hintergrund treten, ist vielleicht unvermeidlich, stellt aber Wirtschaftswissenschaftler, die nur einen engen Ausschnitt politischer Entscheidungen betrachten und das am liebsten in völliger Abgeschlossenheit von anderen Fragen, vor große Probleme. Hier wird deutlich, daß sich wirtschafts- und währungspolitische Themen eben nicht isoliert von allgemeinen politischen Konstellationen behandeln lassen und es beispielsweise wenig Sinn macht, einen hypothetischen ökonomischen Nutzen zu maximieren, wenn dieser für das tatsächliche Zustandekommen oder Scheitern währungspolitischer Kooperation im Zweifel völlig irrelevant ist. Politisches Verhalten läßt sich nur sehr begrenzt mit Hilfe mathematischer Methoden verallgemeinern und erklären. Die britische Entscheidung hat erneut daran erinnert, daß diese Grenzen auch für Wirtschaftswissenschaftler gelten.

¹⁰ Vgl. etwa J. Wyles: Ministers work on EC foreign policy, in: Financial Times, 8. 10. 1990. Die politische Seite des europäischen Einigungsprozesses und insbesondere die Rolle Frankreichs dabei betont z. B. auch W. Fuhrmann: Die Vision einer Europäischen Zentralbank, in: Wirtschaftspolitische Blätter, Heft 1, 1990, S. 96-101.

¹¹ Vgl. zu der Diplomatie Präsident Bushs M. Dowd: Bush's Summit: Work and Friends, in: International Herald Tribune, 13. 7. 1990.

¹² Und es ist nicht einmal ein besonders spektakuläres. Beeindruckender noch war das Gerangel um die letzte IWF-Quotenerhöhung, in dem die Neufestlegung der Hierarchie der Länder im Fonds mit einem „Kuhhandel“ um den Sitz und den Präsidenten der neu zu gründenden Europäischen Investitionsbank verbunden wurde. Vgl. etwa P. Norman: IMF relieved at quotas deal, in: Financial Times, 10. 5. 1990.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Erhard Kantzenbach, Vizepräsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)
Geschäftsführend: Dr. Otto G. Mayer

REDAKTION:

Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Rainer Erbe (stellvertretender Chefredakteur), Wiebke Bruderhausen, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Dipl.-Vw. Ira Lanz, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A.

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Für unverlangt eingereichte Manuskripte und Besprechungsexemplare wird keine Haftung übernommen. Beiträge werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen. Die Redaktion behält sich bei zur Veröffentlichung vorgesehenen Aufsätzen eine Bearbeitung vor. Das Copyright liegt beim Verlag Weltarchiv GmbH.

VERLAG UND VERTRIEB:

Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 500

Bezugspreise: Einzelheft: DM 8,50, Jahresabonnement DM 96,- (Studenten: DM 48,-) zuzüglich Porto

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 1. 1983

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Wünsch-Druck GmbH, 8430 Neumarkt/Opf.